

Zum 9. November 1938

75 Jahre Verdrängen und Erinnern

Gedenktage bieten nicht nur dem ritualisierten Gedenken eine Bühne, sondern sie eröffnen oft eine Chance für die Neubewertung historischer Ereignisse unter dem Eindruck der Gegenwart. Ritualisiertes Gedenken verweist auf die Gefahr, die Erinnerung an Ereignisse im Gedenken vergehen zu lassen. Wenn das Gedenken jedoch dazu dient, verdrängte Ereignisse wieder vor das geistige Auge zu rücken und so der Verdrängung und dem Willen zum Vergessen eine Schranke zu weisen, bilden sich mit Gedenktagen Grundstrukturen politischer Kultur heraus. Zu den Ereignissen, die in den historischen Kernbestand bundesdeutscher Identität gehören müssen, zählt die Erinnerung an die Übergriffe, die auf Befehl der nationalsozialistischen Führung stattfanden und sich gegen in Deutschland lebende Juden richteten. Verbrämt als Reaktion des Volkszorns, nutzten die Nationalsozialisten einen Anschlag auf einen Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Paris, um die deutschen Juden endgültig aus dem Wirtschaftsleben zu verdrängen.

Die Ereignisse dieses Tages sind gut erforscht und oftmals bewusst gemacht worden. Zahlreiche Publikationen haben insbesondere herausarbeiten können, dass die Aktionen von zentraler Stelle aus koordiniert worden waren. Der 9. November 1938 ist im Laufe der vergangenen Jahrzehnte zu einem wichtigen Datum nationalsozialistischer Verfolgungsgeschichte geworden und steht neben den Jahrestagen des Aprilboykotts 1933, der Durchsetzung des »Arierparagraphen« im selben Monat, den Nürnberger Gesetzen und dem Beginn der »Euthanasie«-Morde, der Kennzeichnung der Juden und dem Beginn der Deportationen. Alle Ereignisse machen deutlich, wie schnell die Nationalsozialisten das Ziel erreichten, Juden aus Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur zu entfernen und Vorstufen der Vernichtung zu planen und zu realisieren.

Wenn am 9. November 2013 in Deutschland des 75. Jahrestages des »Novemberpogroms« gedacht wird, werden sich deshalb vermutlich nur wenige Teilnehmer der Veranstaltungen bewusst machen, dass die Erinnerung an die rassistisch motivierten Pogrome sich erst im Laufe der Jahre entwickelte. In der zeitgeschichtlichen Auseinandersetzung mit dem »Zivilisationsbruch«, den die Entrechtung, Deportation und millionenfache Ermordung der europäischen Juden bedeutete, konnte sie erst seit 1978 fest verankert werden. Das Jahre 1988 markiert den Höhepunkt dieses Gedenkens, und doch wurde es schon ein Jahr später wieder in den Hintergrund des kollektiven Gedächtnisses gedrängt. Seit am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel, hat die Erinnerung an diesen positiven Wandel in der deutschen Geschichte jene an die Opfer der nationalsozialistischen Rassenpolitik vom 9. November 1938 mehr und mehr überlagert.

ERINNERUNG HAT GESCHICHTE

Weil Erinnerung selbst eine Geschichte hat, ist es besonders wichtig, Jahrestage als Grundlegung politischer Kultur und eines geschichtsbewussten Umgangs miteinander herauszustellen. Wie manches Ereignis, in dem der Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus spürbar wird, gehört der 9. November 1938 zu den Schlüsseldaten deutscher Geschichte und der historisch-politischen Reflexion. Er verbindet sich in unserer Erinnerung mit der von den Nationalsozialisten zielstrebig verfolgten Vernichtung der Juden. Als Gedenktag erlaubt er, Verbindungen zu anderen Geschehnissen herzustellen, die – wie der 9. November 1923 – im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen »Machtübernahme« stehen oder – wie der 9. November 1918 – mit dem Scheitern der Weimarer Republik. Im 9. November 1938 bündeln sich Ereignisse und machen deutlich, was sie im Kern für Konsequenzen hatten.

Wer nun vermutet, dass man sich im Nachkriegsdeutschland zehn Jahre nach der Schändung der Synagogen und der vieltausendfachen Übergriffe an den 9. November 1938 erinnert hätte, liegt allerdings falsch. Schauen wir in die Zeitungen und in die politischen Erinnerungen der Zeitgenossen, finden wir überraschenderweise keine Spuren einer Rückschau. Denn 1948 befand sich die deutsche Gesellschaft bereits auf dem Weg in die als angenehm empfundene Gedächtnis- und Erinnerungslosigkeit, die Amnesie. Unübersehbar ist zwar, dass die Erinnerung an die Übergriffe – zumindest subkutan – vorhanden war. Die frühen Strafverfahren der Bundesrepublik Deutschland hatten immer wieder die Gewaltätigkeit bewusst gemacht, die sich in den Übergriffen gegen Juden, in der Aneignung ihres Besitzes Bahn gebrochen hatte. Die Straftatbestände lagen offen, Verurteilungen ergingen gegen nationalsozialistische Drahtzieher. Die deutsche Gesellschaft als Ganzes aber fühlte sich nicht betroffen und – wie man damals sagte – nicht dazu »aufgerufen«, über sich selbst Gericht zu halten.

Auch weitere zehn Jahre später, am 20. Jahrestag der »Reichskristallnacht«, wie es in dieser Zeit noch hieß, waren die damaligen Übergriffe den Deutschen nicht Anlass zu einer großen, demonstrativen Geste. Der 20. Jahrestag! Eine Sondermarke wäre doch mindestens zu erwarten gewesen – Fehlanzeige. Zwischen 1958 und 1968 veränderte sich allerdings die öffentliche Wahrnehmung des NS-Staates entscheidend. Den Beginn machte der Jerusalemer Eichmann-Prozess, der unabweisbar die Realität des Völkermordes sichtbar machte. Bis dahin hatten Einzelgänger wie Alain Resnais mit dem Film »Nacht und Nebel« (1955) oder Erwin Leiser mit seiner Dokumentation »Mein Kampf« (1959) das Gewissen der Öffentlichkeit aufzurütteln versucht und sich immer wieder an den Zweifeln der Ewiggestrigen gerieben. Mit dem Auschwitz-Prozess 1963 in Frankfurt am Main veränderte sich dann das Klima der Auseinandersetzung in Deutschland entscheidend und ermöglichte bereits ein Jahr nach Prozessende die erste große Verjährungsdebatte: Dürfen NS-Morde (wie im Strafgesetzbuch für Mord grundsätzlich vorgesehen) nach 20 Jahren verjähren? Diese Diskussion markiert die Wende in der geschichtspolitischen Debatte über Voraussetzungen und Folgen des Völkermords an den europäischen Juden.

Das Umdenken zeigte sich bereits 1968. Nach den existenzgefährdenden Kämpfen, die Israel

während des Yom-Kippur-Krieges zu bestehen hatte, schärfte sich auch in der deutschen Gesellschaft das Gespür für den Zusammenhang zwischen Holocaust und Gründung des Staates Israel. Die Erinnerung an die Ereignisse des Jahres 1938 verband sich mit politischen Garantieerklärungen. Unwidersprochen blieben sie allerdings nicht, denn in der politischen Linken und auch in Kreisen der Studentenbewegung artikulierte sich ein deutlicher Antizionismus. Betrachtet man die Zeitungsmeldungen, die ja immer ein wichtiger Indikator für öffentliches Interesse sind, gab es ein intensives gesellschaftliches Gedenken an den 9. November 1938 erstmals 1978.

Die deutsche Öffentlichkeit stand nach den zweimaligen Verlängerungen der Verjährungsfristen (1965 und 1979) im Jahre 1979 vor der Frage, ob die Verjährungsfristen für Mord generell aufgehoben werden sollten. Medium dieser Auseinandersetzung wurde ein mehrteiliger Fernsehfilm, der in den USA produziert worden war und bei seiner Ausstrahlung in Deutschland einen bis dahin kaum für möglich gehaltenen Stimmungsumschwung bewirkte. Der Film »Holocaust« wurde so zu einer Zäsur der Fernsehgeschichte und zugleich zu einem Fanal, denn nun setzte ein breites Interesse an der alltäglichen Entrechtung und Verfolgung während der NS-Zeit ein. Gegen die antizionistischen Relativierungen, die innerhalb des linken Lagers an Attraktivität gewonnen hatten, stand eine sehr deutliche Bereitschaft vieler Deutscher, sich der Problematik der Ausgrenzung von Juden aus dem politischen und gesellschaftlichen Konsens zu stellen, nach Voraussetzungen und Folgen des kirchlich manifesten historischen Judenhasses zu fragen oder sich mit der Politik Israels zu identifizieren. Preisverleihungen, die Woche für christliche-jüdische Zusammenarbeit und nicht zuletzt auch das Wirken der deutsch-israelischen Gesellschaft beeinflussten die kollektiven Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster.

Zynisch könnte man bei dieser spät entwickelten Intensität der Besinnung darauf hinweisen, dass anscheinend immer 40 Jahre vergehen müssen, bis eine Geschichte so weit »ausgebrannt« ist, dass sie gleichsam erträglich werden kann. Vielleicht bekommt Geschichte nach einem solchen Zeitraum auch etwas Ästhetisches. In jedem Fall ist angeraten, bei der Erinnerung an die unterschiedlichen Ereignisse, die mit dem 9. November im Lauf unserer Geschichte verbunden sind, durchaus offensiv auf den Vergleich zurückzugreifen. Denn dann lässt sich bewusst machen, weshalb gerade der 9. November 1938 ein ganz besonderes Gewicht haben muss.

KEINE ZAHLENMYSTIK: DIE BEDEUTUNG DES 9. NOVEMBER BIS 1938

Der erste 9. November, an den wir erinnern müssen, ist der 9. November 1918, das Ende des Ersten Weltkrieges, das Ende einer Epoche der deutschen Geschichte. Nicht nur Hitler begründete die Existenz des »Dritten Reiches« aus dem Untergang des »Zweiten Reiches«. Sie war auch das Ergebnis der Politik einer reformunfähigen Regierung. Diese reformunfähige deutsche Regierung hatte 1914 die Flucht nach vorn angetreten, um den politischen und sozialen Wandel zu stoppen; gerade durch diese Sucht und Sehnsucht hat sie jedoch das Deutsche Reich in die militärische Niederlage getrieben. Der 9. November war dann nicht nur das Ende des Krieges: Man verband

das Datum mit Versailles, mit dem Untergang der kaiserlichen deutschen Kriegsmarine in Scapa Flow. Daran erinnerten sich die Deutschen später.

Wichtig und folgenreich war der 9. November 1918 als Endpunkt des Kaiserreichs und zugleich als Jahrestag der Revolution von 1918/19, bekannt als Novemberrevolution. Der Volksaufstand war in Deutschland in allen Lagern – wenngleich aus unterschiedlichen Motiven – stets umstritten gewesen. Er konnte deshalb kaum das Potential entwickeln, aus dem heraus dieser Tag zum Gedenktag hätte werden können. An die große historische Bedeutung des 9. November 1918 für die deutsche Demokratiegeschichte erinnerte man sich erstmals 50 Jahre später, als der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann auf den Stellenwert des Datums für die Geschichte der Grundrechte, der Sozialpartnerschaft und die Überwindung des Obrigkeitsstaates hinwies. Statt der Novemberrevolution wurde in der Weimarer Republik der 11. August 1919 gefeiert, als »Verfassungstag«: Offenbar rechtfertigte sich die Republik nicht vorrangig aus der Geschichte, sondern aus ihrer eigenen Existenz. Weil die politischen Kontrahenten in der Republik die Revolution ganz unterschiedlich deuteten, konnte sich in Deutschland kein positives Verhältnis zum Jahrestag von Kriegsende und Ende der Kaiserherrschaft entwickeln.

Bewusst verband das nationalsozialistische Geschichtsverständnis Hitlers Regierungsübernahme am 30. Januar 1933 mit dem Umsturz von 1918, allerdings in negativer Weise gleichsam als Beendigung der »Systemzeit«: Die Nationalsozialisten verkündeten, sie seien die Vollender der »Deutschen Revolution«. Die rechtsgerichteten politischen Parteien der wilhelminischen Ära, die sich nach dem 9. November 1918 eigentlich nur noch umtaufen konnten, schlossen sich dieser Deutung zwar nicht an, unterstützten aber die Agitation der Nationalsozialisten gegen »Bonzen« und »Juden«, indem sie die leichthin preisgegebene Republik verächtlich machten und schließlich im März 1933 dem »Ermächtigungsgesetz« und damit der Abschaffung des parlamentarischen Systems zustimmten. Die extreme politische Rechte hat jeden Ansatz einer positiven Erinnerung an den 9. November 1918 bekämpft und versucht, den innenpolitischen Kontroversen einen neuen, eigenen Sinn zu geben. Sie sprach nicht von der Novemberrevolution, sondern vom Tag der »Novemberverbrecher«, die man stürzen und beseitigen müsse.

In späterer Deutung rückte der 30. Januar 1933 als Tag der nationalsozialistischen »Machtergreifung« in den unmittelbaren Zusammenhang mit dem 9. November 1923, des ersten Putschversuches Hitlers in München. Deshalb wurde dieses Datum nach 1933 im nationalsozialistischen Deutschland rituell überhöht und bombastisch gefeiert. »Blutzeugen« wurden beschworen, Fahnen geweiht, Aufmärsche veranstaltet, und alle Jahre sprach Hitler im Münchener Bürgerbräu zu »alten Kämpfern«. Die Erinnerung an den gescheiterten Putschversuch diente der Etablierung und Überhöhung der nationalsozialistischen Weltanschauung zur »politischen Religion«. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs, als die Deutschen zu verdrängen versuchten, dass sie sich den Nationalsozialisten angeschlossen hatten, wurde über die Feiern zum 9. November 1923 so wenig gesprochen wie über die zum »Heldengedenktag«, dem Jahrestag der »Machtergreifung« oder Hitlers Geburtstag. Eine Ahnung von der Bedeutung dieser Tage konnte angesichts des kollektiven Schweigens

wohl nur der Sammler von Briefmarken bekommen. Denn die Nationalsozialisten gehörten zu den ersten Propagandisten kollektiver Erinnerung und nutzten die Briefmarke, um die ihnen wichtigen Gedenktage in den Köpfen zu verankern.

Nach Jahrzehnten der geschichtlichen Aufarbeitung und des Umdenkens ist für uns heute ein anderes wichtiges Ereignis mit der nationalsozialistischen Zelebrierung des 9. November 1923 eng verknüpft: das Attentat des Schreineresellen Johann Georg Elser, das er im Bürgerbräukeller am Vorabend des 9. November 1939 auf Hitler verübte. Elser kam dem Ziel, den »Führer« zu töten, denkbar nahe und macht deutlich, dass es möglich gewesen wäre, Hitler auszuschalten.

DAS NOVEMBERPOGROM – MEHR ALS EINE PARTEIAKTION

Der 9. November als Gedenktag – er bleibt vor allem mit dem Partei- und Novemberpogrom 1938 verknüpft, das die Zeitgenossen »Reichskristallnacht« nannten. Wer rezeptionskritisch die Ereignisse und deren Niederschlag in der kollektiven Erinnerung erfassen will, darf sich heute nicht nur an den Reden und Emotionen orientieren, die bei den Gedenkfeiern im Jahre 1988 die Erinnerung prägten. Liest man die damaligen Reden, wird deutlich, dass sie einem Erinnerungsversuch entsprechen, der sich gerade nicht antiquarisch verstand, sondern die Formen und Gefährdungen politischen Zusammenlebens reflektierte. Anders ausgedrückt: 1988 wurde die Erinnerung an den 9. November 1938 zu einem Lehrstück gesellschaftlicher und politischer Selbstvergewisserung und Selbstverpflichtung. Doch danach zeigte sich schnell, wie sich durch den Mauerfall 1989 das deutsche Bild vom 9. November 1938 radikal veränderte.

Diese Entwicklung hing von den Stimmungen ab, die bereits ein Jahr nach der 50. Wiederkehr des Novemberpogroms das Datum des 9. November als Jahrestag ganz in den Schatten des Mauerfalls rückten. Seitdem ist eine Relativierung dieses bis dahin so wichtigen und für die humane Orientierung wichtigen Gedenktages offenbar geworden. Fast abrupt riss damit die zunehmend ernsthafte, selbstkritische Auseinandersetzung mit den Voraussetzungen, Umständen und Folgen des Zivilisationsbruchs ab, die zwischen 1978 und 1988 die Bedeutung dieses Tages im öffentlichen Erinnern hatte wachsen lassen.

Mit dem Jahr 1988 war, dies zeigt der Rückblick, ein Höhepunkt konkreter zeitgeschichtlicher Erinnerung erreicht. Zuvor hatten sich viele Deutsche an anderen Tagen mit den Verbrechen auseinandergesetzt, die im Zusammenhang mit dem Völkermord an den Juden gedeutet und oftmals mit dem Bekenntnis »Nie wieder!« verknüpft wurden. Deutlich wurde das etwa im März eines jeden Jahres mit der »Woche der Brüderlichkeit«. Diese Art der Erinnerung an den Völkermord schien vielen Deutschen erträglicher zu sein als die Konfrontation mit Übergriffen, mit Beraubungen, die »Arisierung« genannt wurden, und Deportationen. Viele der Veranstaltungen waren versöhnlich, sie appellierten an die Toleranz, waren nicht selten geradezu bemüht multikulturell und interkonfessionell orientiert. All das schien diesen Tag in der Erinnerung erträglich zu machen. Man sprach von »jüdischen Mitbürgern« und musste sich erst von Ignatz Bubis sagen lassen, dass Juden immer

»Bürger« gewesen seien und deshalb des relativierenden Begriff des »Mitbürgers« nicht bedürften.

Antisemitische Ressentiments, die immer wieder aufbrachen und zuweilen auch die Argumente des Antizionismus propagierten, waren nicht zu übersehen, trotz aller Bekundungen des Wandels der Einstellungen. So ahnte man, wie dünn das Eis der politischen Zivilisation war. Erinnerung wurde deshalb gerade am 9. November an den Umgang mit Minderheiten, an die grundlegende Bedeutung politischer Toleranz, an die Gefährdung des Denkens durch Schlagwörter. Schlagwörter, in denen deutlich spürbar blieb, wie stark innergesellschaftliche Gegensätze sein konnten. Nicht zu bestreiten ist, dass der innere Widerstand gegen die Erinnerung an das sogenannte Vorspiel des Völkermords im deutschen Geschichtsdanken spürbar war. Die Erklärung dafür ist vielleicht sehr einfach: Die Ereignisse des 9. November 1938 zielten auf die Öffentlichkeit und machten deshalb alle Zeitgenossen nicht nur zu Mitwissern, sondern zu Beteiligten – und damit zu Mitverantwortlichen und Mitschuldigen. Keiner konnte seitdem mehr sagen, er habe nichts gewusst. Der Terror der Nationalsozialisten war seit dem März 1933 auf eine denkbar breite Wahrnehmung hin angelegt. Viele wussten, wo Oranienburg lag und was Konzentrationslager bedeuteten. Am Berliner KZ Columbia konnte jeder vorbeigehen. In ihren illustrierten Blättern publizierten die Nationalsozialisten Reportagen über Konzentrationslager. Die Einsatzgruppenmorde waren sicherlich nicht so bekannt wie die Existenz der Konzentrationslager, aber die Deportationen waren niemals geheim.

Wer sich bewusst macht, dass Terror in Diktaturen nur funktioniert, wenn der Schrecken öffentlich bekannt gemacht wird, gerät rasch in Erklärungsnot, wenn er seine Passivität, seine Folgebereitschaft erklären muss. Wenn er jünger ist, sieht er seine Eltern und Großeltern in Bedrängnis. Das Pogrom am 9. November 1938 fand vor den Augen aller statt und stand deshalb nach dem Krieg stellvertretend für ein Erklärungsdilemma, das sich nicht mit dem kollektiven Beschweigen lösen ließ. »Du warst es, sagte das Gewissen. Das kann nicht sein, sagte ich. Und schließlich unterlag das Gewissen.« Mit diesen Worten brachte Nietzsche dieses Dilemma ebenso wie die Flucht aus der Erinnerung auf den Punkt.

Und was bedeutet das für uns? Es bedeutet, dass wir nicht verdrängen, sondern selbstkritisch nach Erklärungen suchen müssen, die den 9. November 1938 als entscheidende Voraussetzung des systematischen Völkermords, der von den Nationalsozialisten so euphemistisch bezeichneten »Endlösung der Judenfrage« sichtbar machen. Seit den Parteipogromen von 1938 wussten die Nationalsozialisten, dass ihre radikal-antisemitische Ausgrenzung, die Diffamierungs-, Enteignungs- und Deportationspläne bei der Mehrheit der Deutschen nicht auf erheblichen Widerstand stoßen würden. Zugleich müssen die Nachlebenden in der Auseinandersetzungen mit den Novemberereignissen 1938 lernen, die Realität des Völkermords ohne Schonung der Gefühle der Nachfahren der Tätergeneration wahrzunehmen. Mord bleibt Mord, ebenso wie Völkermord Völkermord bleibt. Bereits der Begriff der »Endlösung« ist eine Umschreibung der Wirklichkeit.

Einer dieser die Realität des Mordens entschärfenden Begriffe ist auch das Wort »Holocaust«. Kaum ein Zeitgenosse kann diesen Begriff angemessen übersetzen. Oftmals wird betont, dass er im angelsächsischen Sprachraum gebräuchlich ist. Aber man sollte sich klar machen, dass »Ho-

locaust« theologisch bedeutet, dass ein Sühneopfer restlos angenommen worden ist. »Verbrannt, ganz und gar«, das heißt Holocaust. Menschenopfer können damit nicht gemeint sein. Wir hören davon im Alten Testament einmal, ohne dass es zum Ernstfall kommt, als Abraham willens ist, seinen Sohn zu opfern. Ein guter Teil mancher Schwierigkeit mit dem Gott des Alten Testaments resultiert aus dieser Szene. Zwar wird in der Bereitschaft, einen Menschen zu opfern, die unbedingte Zuwendung zu Gott deutlich. Aber was hat diese biblische Geschichte mit der Ermordung von Millionen Menschen gemeinsam?

Ebenso problematisch ist der Gebrauch des Begriffs »Shoa«. Auch dieses Wort kann kaum jemand angemessen übersetzen oder gar als Nachfahre der Deutschen, die den Völkermord verantworteten, dessen Bedeutung empfinden. Dass der Völkermord an den Juden als dem »auswählten Volk« Gottes eine absolute Katastrophe ist, das versteht man vor allem als Jude und als Israeli. Dort wird dieser Begriff verstanden und empfunden. Die Mehrheit der Deutschen empfand den Völkermord nicht als absolute Katastrophe. Sonst hätten sie schon lange vor 1988 die Vergegenwärtigung dieses Ereignisses im Gedenken versucht und sich nach 1989 nicht so leicht der Erinnerung an den Mauerfall ausgeliefert.

Deshalb muss die Erinnerung an den 9. November 1938 tief als Stachel in unser Bewusstsein eindringen, uns verletzen, erinnern, schmerzen. Der Tag macht deutlich, wie wenig dazu gehört, um aus nachbarschaftlichen Verhältnissen Feindschaftsverhältnisse werden zu lassen. Das Pogrom passierte nicht bei Nacht und Nebel, sondern geschah öffentlich. Es war auch mehr als ein Parteipogrom. Denn viele suchten in den folgenden Tagen und Wochen ihren Vorteil bei der Verdrängung aller Juden aus dem Wirtschaftsleben.

Überhaupt haben wir viele, mit Sicherheit zu viele, Jahre gebraucht, um Begriffe wie »Partei-pogrom« oder »Novemberpogrom« nicht mehr zu verwenden. »Reichskristallnacht« war verharmlosend und erinnerte an Lüster, zersplittertes Glas – dabei ging es um Menschen, nicht primär um Sachwerte. Bis heute ist ungeklärt, woher der Begriff stammt. Michael Wolffsohn ist der Meinung, er sei im Umkreis der Nationalsozialisten entstanden, um materielle Gewalt hämisch zu verbrämen. Die Weiterverwendung dieses Kampfbegriffs macht deutlich, dass die Deutschen diesem Tag in seiner ganzen Schrecklichkeit entkommen wollen, nach wie vor. Dabei hat er exemplarische Bedeutung – vermutlich bis heute. Denn dieser Tag, der 9. November 1938, hängt mit dem ganzen Komplex jenes Ereignisses zusammen, das man unmissverständlich »Völkermord an den europäischen Juden« nennen sollte und nicht Genozid, nicht Holocaust, nicht Shoa und schon gar nicht »Endlösung«. Denn die von den Nationalsozialisten geplante »Endlösung« war nur eine Station auf diesem Weg zum Völkermord.

Die Nationalsozialisten haben ihr Ziel nicht erreicht. Der Staat Israel belegt das ebenso wie starke jüdische Gemeinden etwa in den USA und das Aufblühen jüdischer Gemeinden in Deutschland. Feiern wir deshalb so gern die »Woche der Brüderlichkeit«, weil wir uns damit selbst versichern, dass die Nationalsozialisten nicht ans Ziel gekommen sind? Auch diese – zugegeben zynische – Vermutung wird letztlich durch die Art des Feierns an diesem Tag bestärkt: Kein 9. November ohne

Beteiligung von Juden bei deutschen Veranstaltungen, bei Veranstaltungen von Nichtjuden. Die Überlebenden jedoch haben diesen Tag niemals triumphierend, sondern stets trauernd begangen.

Dabei ist es sehr, sehr lange her, dass im Zusammenhang mit einer »Woche der Brüderlichkeit« an das Ostjudentum erinnert wurde. Und das ist nun wirklich ausgerottet! Wo sehen wir noch die vertraute und so beeindruckende Lebendigkeit dieses Ostjudentums? Es ist derart rigoros ausgerottet worden, dass sich unsere jüdischen Gemeinden heute mit der Integration der wenigen Reste hier in Deutschland ungemein schwer tun. Sogar diese Schwierigkeiten werden von den Nachfahren derjenigen, die die Misere verantworten, mit Häme kommentiert. Jeder Konflikt in den jüdischen Gemeinden wird verallgemeinert, immer wieder sind antisemitische Vorbehalte spürbar. Vergleichen wir die Reaktion auf die heutige Integration osteuropäischer Juden in der Bundesrepublik etwa mit einer der wirklich heroischen Aktionen des Staates Israel, der inzwischen beendeten sogenannten »Aktion Moses«, der Rückkehr, der Rückholung vor-talmudischer Juden aus Äthiopien nach Israel!

Insofern muss der 9. November ein Tag bleiben, der nicht nur historisch rückblickend, sondern gegenwartspolitisch sensibel begangenen wird, der deshalb herausfordert, weil er deutlich macht, dass wir den vollmundig beschworenen Koordinaten unserer angeblichen Maßstäbe nicht genügen und wir den »Geboten« und Verpflichtungen der Geschichte nicht entfernt Rechnung tragen. Der 9. November 1938 stellt einen Tag dar, der wie kaum ein anderer in der Gefahr steht, durch Antiquarisierung verharmlost und entschärft zu werden, denn gerade er zeigt, wie schmal der Grat ist, der die politische Zivilisation von der Barbarei trennt.

Wir sollten aufhören, den 9. November des Jahres 1989 gegen den anderen des Jahres 1938 auszuspielen. In einer pluralistischen Gesellschaft kann man sich an den vielfältigen Sinn von Gedenktagen gewöhnen. Es geht nicht um das Kleinreden, sondern um das Bewusstmachen, um den Versuch, sich im Gedenken klar zu machen, über welche zeitgeschichtlichen Stationen und Gefährdungen, mit welchen Vergehen und sozialen Kosten wir unsere Gegenwart erreicht haben. Es geht am 9. November 2013 nicht um inszenierte Erinnerung, sondern um das für einige Augenblicke gelungene Heraustreten aus dem Alltag, um die Fähigkeit zurückzuschauen, um die Wahrnehmung der eigenen Gefährdung und der Not in den Augen des Mitmenschen.